Deutsche Ausgabe. Nur als Manuskript gedruckt.

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 167
29. Oktober

3. Jahrgang
1923.

Zentralversand: Berlin SW 48, Friedrichstraße 225 III. Briefadresse: Wilhelm Bartz, Berlin SW 48, Friedrichstraße 225 III für Inprekorr. Telegramm-Adresse: Inprekorr. Telephon: Lützow Nr. 1956, 1957 und Nollendorf Nr. 2883

INHALT

Die Probleme der deutschen Revolution.
Von Sinowjew 1419

Deutschland
Die Lage in Deutschland. Von Höllein 1421
Der legale Separatismus im Rheinland. Von Stoecker 1421
Das Auslandskomitee der IAH. an die Werktätigen der ganzen Welt 1423

Politik.
Die spanische Diktatur in der Sackgasse. Von J. . . . 1423

Wirtschaft.
Wirtschaftlicher Brief aus Schweden. Von Ranun . . 1424

Arbeiterbewegung.
Eine Abordnung der deutschen revolutionären Betriebsräte in Paris. Von R. 1424

Aus der Internationale.
Brief der Kommunistischen Internationale an alle Mitglieder der Norwegischen Arbeiterpartei 1425

Aufrufe.
Unterstützt die bulgarischen Revolutionäre! 1426

Die Probleme der deutschen Revolution.

Die Gewerkschaften, die Betriebskomitees, die Arbeiterräte.

Von G. Sinowjew.

** Die gegenrevolutionäre Rolle der deutschen Gewerkschaften während des imperialistischen Krieges ist zur Genüge bekannt. Sie waren es, die Millionen deutscher Arbeiter in die Armee Wilhelms II. trieben und dabei die Sache so darstellten, als ob die deutschen Arbeiter der Sache des Sozialismus dienten, wenn sie das „Vaterland" Wilhelm II. verteidigten. Es ist wohl kaum eine Uebertreibung, wenn man behauptet, daß während der Jahre 1914—1919 die deutschen Gewerkschaften der wichtigste Faktor der Gegenrevolution waren.

Die deutschen Gewerkschaften sind auch heute noch ein bedeutender Faktor der Gegenrevolution, zum mindesten, sofern es sich um den Apparat der deutschen Gewerkschaften und seine Führer handelt. Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß das deutsche Proletariat im entscheidenden Augenblick die „Führer" der deutschen Gewerkschaften aufs neue jenseits der Barrikaden erblicken wird. Die Eroberung des Apparats der deutschen Gewerkschaften wird dem deutschen Proletariat nicht leichter fallen als die Eroberung des Staatsapparates. Aber augenscheinlich wird es dem deutschen Proletariat erst nach einem erfolgreichen Umsturz gelingen, sich der Gewerkschaften zu bemächtigen. Das war übrigens auch in einem Lande der Fall, wo der Einfluß des Menschewismus verhältnismäßig gering war, nämlich in Rußland.

Es gab eine Zeit, wo eine ziemlich einflußreiche Gruppe innerhalb der Komintern den Austritt der Kommunisten und der mit ihnen sympathisierenden Arbeiter aus den gelben Gewerkschaften im besonderen forderte. Auf dem Zweiten Kongreß der Komintern bestanden sogar weitblickende Genossen, wie der verstorbene John Reed es war, in entschiedenster Weise auf diesem Austritt. Der Kern der Komintern setzte allen diesen Tendenzen allerentschiedensten Widerstand entgegen, und er hatte zweifellos recht. Die Arbeit der Kommunisten, besonders der deutschen Kommunisten, ist in den Gewerkschaften nicht vergeblich gewesen. Ohne diese Tätigkeit wäre es unmöglich gewesen, die Mehrheit des deutschen Proletariats für uns zu gewinnen. In den „unteren Schichten" der Gewerkschaften ist der Boden jetzt genügend gelockert. Die von den Kommunisten vor einigen Jahren ausgestreute Saat wird bald in schönster Weise aufgehen. Es war kein Zufall, daß der Sieg der deutschen Kommunisten bei den Wahlen zum Verbandstag der Metallarbeiter das erste Morgenrot war, das den Himmel erhellte, der so lange in düstere sozialdemokratische Wolken gehüllt war.

Zweifellos werden es in der nahenden proletarischen Revolution in Deutschland die Betriebsräte sein, die eine entscheidende Rolle spielen werden. Aber wenn die deutschen Kommunisten sich nicht an den Gewerkschaften beteiligt hätten, so wäre es ihnen wohl kaum gelungen, die Betriebsräte zu erobern; denn anfangs waren selbst die Betriebsräte Organe der deutschen Gewerkschaften. Sie sind durch die Gewerkschaften ins Leben gerufen worden.

Die Führer der gelben Gewerkschaften haben sich die Betriebsräte als Organe gedacht, die keine besonders große Rolle spielen sollten. In der Vorstellung der „Führer" der deutschen Gewerkschaften sollten diese Betriebsräte eine Art Anhängsel darstellen, das bei Gelegenheit schmerzlos entfernt werden könnte. Während der ersten ein bis zwei Jahre ihres Bestehens befanden sich die Betriebsräte fast ausschließlich in den Händen der Gewerkschaftsführer. Auf den Kongressen der Betriebsräte errangen die Herren Sozialdemokraten spielend den Sieg über die Kommunisten; zu jener Zeit waren die Betriebräte bloß eine Zugabe der Gewerkschaften — bloß Organe, deren sich die gelben Führer zur Durchführung ihrer verräterischen Politik bedienten. Erst im dritten Jahre ihres Bestehens beginnen die Betriebsräte eine andere Rolle zu spielen. Sie beginnen allmählich die Gewerkschaften im ökonomischen Kampf zu ersetzen. In dem Maße, wie die Lage sich zuspitzt, sinken die sozialdemokratischen Führer der Gewerkschaften immer tiefer. Die Arbeitermasse sucht fieberhaft nach irgendeinem Organ, das befähigt wäre, den Kampf ums Dasein der Arbeiter zu führen. Die sozialdemokratischen Führer verraten die Arbeiter auf Schritt und Tritt, selbst in den elementarsten wirtschaftlichen Kämpfen. Auf der Suche nach einer Massenorganisation, die auch nur im geringsten Maße fähig wäre, den wirtschaftlichen Kampf des Proletariates zu leiten, geraten die Arbeiter plötzlich auf den Gedanken, die Betriebsräte gegen die sozialdemokratischen Führer auszuspielen. Die Betriebsräte beginnen, die führende Rolle im ökonomischen Kampf gegen das Kapital zu spielen, eine Rolle, die die Gewerkschaften abgelehnt hatten.

In dieser Zeit kommen einfältige, halb proudhonistische Versuche auf (die zum größten Teil mit dem Namen des ver-

storbenen Führers der „linken" Unabhängigen — Däumig — in Verbindung stehen), die Betriebsräte in geschlossene selbständige Organisationen zu verwandeln, die dem politischen Kampf fernstehen sollen. Es entsteht eine Art beschränkten und sich selbst genügenden „Betriebssozialismus" — eine Uebersetzung des „Gildensozialismus" ins Deutsche.

Doch das Leben geht seinen eigenen Gang. Allmählich vertreiben die Arbeitermassen aus den Betriebsräten nicht nur die verräterischen Ideen der Sozialdemokratie, sondern auch die proudhonistische Entstellung des revolutionären Marxismus. Der Geist des wahren Klassenkampfes beginnt in die Betriebsräte einzudringen. Die Betriebsräte erreichen eine ungeheure Verbreitung über ganz Rußland. Allmählich übernehmen sie alle jene Funktionen des wirtschaftlichen Kampfes, die von den gelben Gewerkschaften abgelehnt worden waren. Und sie übernehmen nicht nur diese Funktionen, sondern auch noch eine Reihe anderer Funktionen, die mit der Vorbereitung der proletarischen Revolution unlösbar verknüpft sind und die die deutschen Betriebsräte von heute den Arbeiter-Sowjets der Epoche vor der Eroberung der Macht gleichstellen.

Noch ernennen die gelben Führer der Gewerkschaften ihre „Vorsitzenden" für die Betriebsrätezentralen. In Berlin gefällt sich in solcher Rolle der berüchtigte Emil Barth, der ehemalige „sozialistische Minister" des ersten „revolutionären" Ministeriums Scheidemann-Haase. Dieser Ritter von der traurigen Gestalt tritt auch weiterhin in der Rolle eines von den Gewerkschaften gewählten Vorsitzenden auf, zu einer Zeit, wo in Wirklichkeit die Bewegung der Betriebsräte die Sozialdemokratie längst überflügelt hat und solidarisch mit dem Kommunismus geworden ist, zu einer Zeit, wo die Betriebsräte Barth und Genossen zum Teufel schicken.

Die Betriebsräte rekrutieren sich aus den „untersten Schichten" — aus den Fabriken, den Betrieben, den Werkstätten, Bergwerken, Eisenbahndepots, den großen Handelsunternehmen. Sie überziehen als dichtes Netz gegenwärtig ganz Deutschland. Während des letzten Jahres wächst das Ansehen der Betriebsräte von Tag zu Tag.

Die Hauptfunktionen der Betriebsräte bestehen in folgendem:

1. Die Betriebsräte leiten den ganzen oder fast den ganzen Wirtschaftskampf des Proletariats. So viel auch die sozialdemokratischen Führer fordern mögen (siehe z. B. die Verhandlungen, die dieser Tage in Hamburg und Berlin stattfanden), daß die Kommunisten „die Betriebsräte nicht gegen die Gewerkschaften auspielen sollen", — in Wirklichkeit spielt eben das Leben die Betriebsräte als reales Kampforgan des Proletariats gegen die gelben Gewerkschaften als Organe aus, die es immer noch fertig bringen, den Kampf des Proletariats zu sabotieren.

2. Die Betriebsräte haben in ganz Deutschland als ihre Peripherie eine so eigenartige Organisation geschaffen, wie die Kontrollausschüsse es sind, d. h. Kommissionen, die den Versuch machen, die Preise der wichtigsten Bedarfsartikel, die Wohnungsnot usw. einzudämmen, gegen die wahnsinnige, stets steigende Teuerung und die Spekulation anzukämpfen. Die Wahlen für diese Kontrollausschüsse finden fast überall in Deutschland statt. An den Wahlen nehmen nicht nur Arbeiter, sondern alle kleinen werktätigen Leute überhaupt teil. Die ideelle und organisatorische Leitung dieser eigenartigen und höchst interessanten Bewegung befindet sich in den Händen der Betriebsräte.

3. Die Betriebsräte leiten die Bewaffnung des deutschen Proletariats. Was die Rote Garde in der russischen Revolution war, das sind in Deutschland die Roten Hundertschaften. Diese Roten Hundertschaften rekrutieren sich gleichfalls aus den „alleruntersten Schichten" — aus den Fabriken, Betrieben, Werkstätten usw.

Die Roten Hundertschaften lösen sich in den Millionenmassen der Arbeiter auf und erhalten die Unterstützung der Arbeitermassen und ihrer Betriebsräte und sind dadurch für die Bourgeoisie und die „Führer" der Sozialdemokraten nicht zu fassen. Gerade darin besteht die „Macht" der Roten Hundertschaften. Die Bewaffnung des deutschen Proletariats ist eine der entscheidenden Voraussetzungen des Erfolges der deutschen Revolution. Selbstverständlich muß die unmittelbare Leitung der Rüstungen sich, wie das auch zur Zeit der russischen Revolution der Fall war, in den Händen der nicht zahlreichen Hauptquartiere und streng geheimer Organisationen befinden. Die Betriebsräte haben diese Eigenschaften nicht, aber sie sind das Fundament. Sie bilden die große Organisationsgrundlage.

4. Die Betriebsräte leiten den politischen Kampf der Arbeiter im bedeutenden Maße, sofern es sich um ungeheure Massen, auch um parteilose Arbeiter handelt. Die Auguststreiks von 1923 wurden von den Betriebsräten inszeniert. Die Regierung Cuno ist buchstäblich von den Betriebsräten gestürzt worden, indem diese einen dreitägigen Streik erklärten. Aber wiederum befand sich die unmittelbare Leitung der Bewegung im Monat August in den Händen der Kommunistischen Partei, in den Händen nicht zahlreicher Hauptquartiere, wie das eben sein muß. Aber die Betriebsräte bildeten die Organisationsgrundlage der Bewegung.

Die Betriebsräte ziehen auch andere Bevölkerungsschichten, die wenigstens einen Teil des Weges gemeinsam mit dem Proletariat machen können, auf die Seite der Arbeiter hinüber. Wir meinen die kleinen Angestellten, einen Teil der Intelligenz, die kleine und mittlere Bauernschaft usw. In einer ganzen Reihe von deutschen Ortschaften haben die Betriebsräte auch auf organisatorischem Gebiet die Vertreter dieser Bevölkerungsschichten, die bereit sind, gemeinsam mit den Arbeitern gegen die Bourgeoisie vorzugehen, für sich zu gewinnen vermocht.

All das zusammen macht aus den heutigen Betriebsräten Deutschlands etwas, das den Arbeiterräten der revolutionären Zeit sehr nahe kommt. Das Organisationsschema der deutschen Betriebsräte ist folgendes:

Betriebsrat

Arbeiterrat Angestelltenrat.

Der Betriebsrat ist die Summe zeier Teile: des Arbeiterrates und des Angestelltenrates. Selbstverständlich befindet sich die Hegemonie ausschließlich in den Händen des ersteren, d. h. in den Händen des Proletariats. Die Betriebsräte werden jetzt sowohl in vertikaler, als auch in horizontaler Richtung organisiert, d. h. sowohl nach dem Betriebsprinzip, als auch nach dem Territorialprinzip. Die deutschen Arbeiter, die unter der Leitung der deutschen Kommunistischen Partei in 2000 Städten Deutschlands die Mehrheit der Betriebsräte erobert haben, arbeiten mit erstaunlichem Fleiß und mit Zähigkeit an der Organisation und Vervollkommnung des Betriebsrätesystems. Wir sehen bereits in ganz Deutschland eine gut gefügte Organisation von Betriebsräten nicht nur in jeder Stadt, sondern auch in Bezirken und der Provinz. Die Versuche der Bourgeoisie und der deutschen Sozialdemokraten, die Bewegung der Betriebsräte illegal zu machen, kommen zu spät. Vielleicht wird es diesen Herrschaften gelingen, die oberste Leitung der Betriebsräte zeitweilig zur illegalen Arbeit zu zwingen, niemals aber kann das mit der Bewegung der Betriebsräte selbst geschehen; denn in jeder Fabrik und in jedem Betriebe, in jeder Werkstatt und bei den „alleruntersten Schichten", erfreuen sich die Betriebsräte der uneingeschränkten Unterstützung durch die Arbeitermassen und bilden darum eine Quelle unerschöpflicher Kraft.

Im allgemeinen kann man sagen, daß jene Funktionen, die bei uns in Rußland zwischen Februar und Oktober des Jahres 1917 von den Arbeiterräten und den Betriebskomitees ausgeführt wurden, im jetzigen Deutschland von den Betriebsräten allein ausgeübt werden. In vielen Beziehungen sind das, im Grunde genommen, einfach Arbeiterräte. Und darin besteht die ungeheure Bedeutung der Bewegung der Betriebsräte Deutschlands. Darin besteht die allgemeine, internationale Bedeutung einer großen Arbeiterbewegung in jedem Lande, sobald die revolutionären Ereignisse heranreifen.

In Deutschland sehen wir das Vorhandensein in einer derartigen Betriebsrätebewegung. Sie ist die wichtigste Voraussetzung des Erfolges der proletarischen Revolution. Die bloße revolutionäre Gesinnung der Arbeitermassen würde für den Erfolg nicht genügen — damit die proletarische Revolution siegen und Fuß fassen kann, bedarf sie eines **Organisationsgerüstes.** Sie muß bereits vor dem entscheidenden Aufstand das organisatorische Gerüst liefern, um das herum das Gebäude der Sowjetmacht errichtet werden soll. Das Proletariat muß zuerst eine neue Massenorganisation hervorbringen, die in die tiefste Tiefe der Arbeitermassen eindringt, die bereits vor dem völligen Sieg des Proletariats in bedeutendem Maße seine Lebensweise durchdringt. Die heutigen Betriebsräte in Deutschland bilden eine derartige proletarische Massenorganisation. Sie nehmen bereits jetzt in bedeutendem Maße an der Regelung der wichtigsten Fragen teil, der Nahrungsmittelfrage, der Beheizungsfrage, der Frage des Arbeitslohns, der Bewaffnung der Arbeiter usw. Darum werden sie auch zum Haupthebel des vor unseren Augen heranreifenden Umsturzes. Aus dem Schoße der heutigen Betriebsräte werden morgen, nach dem Sieg des Proletariats, einerseits die Arbeiterräte als Organe einer bereits unmittelbaren Regierungsgewalt der Arbeiter, andererseits die Betriebsräte, als Grundorgane von wirklich lebens- und kampffähigen Gewerkschaften entstehen, die der Sowjetmacht bei der Uebernahme der Produktion behilflich sein werden.

Es ist kaum anzunehmen, daß die deutsche Revolution eine neue Form der Proletarierdiktatur nach der Eroberung der Macht hervorbringen wird. Die Form wird wohl die gleiche sein wie bei uns: die Sowjetregierung. Keine „Räte in den Betrieben", d. h. keine Uebergabe der Betriebe an Siemens und Halske oder der Kruppschen Werke an die Arbeiter dieser Betriebe mit uneingeschränktem Verfügungsrecht — sondern alle Macht den Sowjets, d. h. die Uebergabe der gesamten Pro-

duktion und der ganzen Macht des Landes in organisierten nationalen Maßstabe an die Arbeiterklasse — so lautet die Losung. Nicht die Macht den Betriebsräten, sondern die Macht den Räten. Solcher Art sind die Perspektiven, die sich dem Proletariat Deutschlands eröffnen.

Während der Vorbereitungsperiode entwickelten sich die Ereignisse in Deutschland ein wenig anders als in Rußland. Es ist der deutschen Sozialdemokratie gelungen, zeitweilig den Sowjetgedanken zu diskreditieren. Als in den Jahren 1918-19 die deutschen Sowjets in die Hände der Sozialdemokratie fielen, setzte diese auf dem deutschen Reichsrätekongreß die Selbstauflösung und die freiwillige Uebergabe der Regierung an die deutsche Nationalversammlung durch. Im März des Jahres 1921 kam zur Zeit des Aufstandes der Minderheit der deutschen Arbeiter der Sowjetgedanke zeitweilig wieder zum Vorschein. Aber infolge der Niederlage des Aufstandes wurde der Gedanke bald wieder aufgegeben. Jetzt hat dieser große Gedanke alle Aussicht, zu siegen. Die deutschen Arbeiter haben keine Ursache, ihre Betriebsräte jetzt vor dem Siege umzuorganisieren. Sie haben keine Ursache, sogleich eine parallele Organisation zu bilden, da die bestehende Organisation im Grunde allen Aufgaben der Zeit gerecht wird. Die Bauernräte müssen sofort organisiert werden, denn nur unter besonders günstigen Verhältnissen haben die Bauern die Möglichkeit, sich den Betriebsräten anzuschließen. Die Bauernräte waren in Deutschland bereits zur Zeit der Revolution im Jahre 1918 im Entstehen begriffen. Die gegenwärtig vollkommen revolutionär gesinnten Landarbeiter müssen auf Bildung von Bauernräten dringen.

Die revolutionären Betriebsräte haben in Wirklichkeit die gegenrevolutionären Gewerkschaften von der Hauptszene der Arbeiterbewegung verdrängt. Aus dem Schoße der Betriebsräte werden bald fest umrissene und vollkommene Arbeiterräte als Regierungsorgane entstehen. Die nahende siegreiche Proletarierrevolution wird jeder ihrer Grundorganisationen die ihnen zukommende Rolle zuweisen: den revolutionären Gewerkschaften, den revolutionären Betriebsräten und den Arbeiterräten.

Deutschland

Die Lage in Deutschland.

Von Emil Höllein.

Berlin, 29. Oktober 1923.

** Das Ultimatum der Reichsregierung an Sachsen, wonach das Kabinett Zeigner binnen 24 Stunden verschwinden muß, hat eine eigenartige Beleuchtung der jetzigen Lage herbeigeführt. Die Taten der Regierung Stresemann-Sollmann sind schon seit Wochen darauf gerichtet, der Rechtsdiktatur die Bahn zu ebnen. Man nahm indessen an, daß diese Arbeit für die Rechtsdiktatur bisher nicht bewußt geleistet wurde. Die Koalitionsregierung, als Ausdruck einer Zwitterstellung zwischen offener und versteckter Reaktion, hat bisher in einer Weise laviert, die objektiv nur der offenen Reaktion zugute kam. Jetzt besteht jedoch kein Zweifel mehr, daß die Stresemann-Regierung der Rechtsdiktatur bewußt in die Hände arbeitet. Das bewies deutlich die Rede, die Stresemann am Donnerstag in Hagen gehalten hat. Ein Nationalsozialist hätte sie nicht besser halten können, denn sie war von vorne bis hinten eine einzige Verherrlichung des Gedankens des „nationalen" Widerstandes. So spricht kein Staatsmann, der eine baldige Vereinbarung mit Frankreich herbeiführen will. Stresemanns Rede war vielmehr die Rede eines waschechten reaktionären Nationalisten, der die Absicht hat, in kürzester Frist die Macht mit der offenen Reaktion zu teilen, wenn nicht ganz an sie abzutreten. Der Hagener Rede folgte auf dem Fuße das Ultimatum an Sachsen. Seine Schroffheit tritt durch das gleichzeitige fast liebenswürdige Ersuchen an die Münchener Rebellen, die verfassungsmäßige Kommandogewalt in der Reichswehr wieder herzustellen, um so krasser hervor. Irgendein anderer General Müller soll an die Spitze der bayerischen Reichswehr treten, während General Müller inzwischen die sächsische Arbeiterbewegung blutig niederschlägt. Nach Sachsen wird Thüringen an die Reihe kommen und nach Thüringen Severing und Richter. Vielleicht in einer etwas anderen Reihenfolge, vielleicht in etwas langsamerem oder schnellerem Tempo. Jedenfalls aber soll binnen kürzester Frist die Rechtsdiktatur zur Tatsache werden.

Die Regierung Zeigner hat das Ultimatum zurückgewiesen und in verklausulierter Form als einen Staatsstreich bezeichnet. Sie konnte sich dabei auf einen Teil der bürgerlichen Demokraten stützen, die eine staatsrechtliche Begründung des Regierungs-Ultimatums vermissen. Der sächsische Ministerpräsident ist jetzt in seinem Element. Er hat die papiernen Paragraphen für sich. Aber dem Ultimatum werden bald Taten folgen müssen, und da helfen keine Proteste.

Die „BZ. am Mittag" meldet soeben, daß der Reichspräsident Ebert den Stinnesparteiler Dr. Heintze, der als Reichsjustizminister sich durch die Anordnung der schlimmsten Blutjustiz nach den Märzkämpfen 1921 einen Ehrenplatz in der internationalen weißen Reaktion gemacht hat, zum Reichskommissar in Sachsen ernannt hat.

Wird die sächsische Sozialdemokratie den Kampf aufnehmen? Wird sie dabei von der deutschen Sozialdemokratie im Reich unterstützt werden? Der „Vorwärts" deutet Herrn Stresemann an, daß eine Politik, die der offenen Reaktion zur Macht verhilft, sehr leicht dem Kanzler den Kopf kosten kann. Wir wissen nicht, ob dem „Vorwärts" eine gute Vorahnung für Stresemanns Schicksal aufgedämmert ist. Weit eher müßte ihm eine Vorahnung seines eigenen Schicksals aufdämmern. Denn ein Sieg der Rechten wird der Sozialdemokratie bestimmt Kopf und Kragen kosten. Logik und Selbsterhaltungstrieb erfordern, daß sie sich dagegen mit allen Mitteln — vom Generalstreik bis zum bewaffneten Aufstand — wehrt. Wird sie es indessen tun? Bisher haben das Pressebüro des sozialdemokratischen Parteivorstandes und insbesondere der „Vorwärts" das blutige Vorgehen der Reichswehr in Sachsen, wenn auch nicht direkt gebilligt, so doch ziemlich deutlich entschuldigt. Sie schreiben noch am Sonnabend:

„Schließlich kann man es keinem Militärbefehlshaber verdenken, wenn er diese Verhetzung der Massen durch sofortige Vorsichtsmaßregeln wirkungslos zu machen versucht, denn auch ihm sitzt das Hemd näher als der Rock."

Dieser Angriff richtet sich gegen die Kommunisten, die in Flugblättern und Plakaten gegen die Reichswehr „gehetzt" haben sollen. Aber die Proteste gegen die Reichswehr sind zum Glück nicht bloß kommunistische Machenschaften. So schreibt die sozialdemokratische „Chemnitzer Volksstimme" z. B. noch am Sonnabend (27. Oktober):

„Die Leiden, die unsere Rheinländer und Westfalen unter dem brutalen Druck fremder Soldateska durchmachen mußten, die muß jetzt das sächsische Volk unter der eigenen Militärgewalt ertragen. Reitpeitsche und Revolver regieren, tägliche Heeresberichte werden herausgegeben, als ob Sachsen richtiggehendes Feindesland sei."

Und die „Chemnitzer Volksstimme" steht mit ihrer „Reichswehrhetze" durchaus nicht allein. Ein offizieller Aufruf, unterzeichnet von den sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsinstanzen, spricht ebenfalls von grundlosem Schlagen mit dem Gewehrkolben und von Vollziehung der Prügelstrafen an friedlichen Bürgern.

Wird nunmehr, nach dem Ultimatum, der Parteivorstand in Berlin samt seinem „Parlamentsdienst" und seinem „Vorwärts" seine Sprache ändern? Wird er angesichts der kein Ausweichen mehr gestattenden brutalen Provokation sich jetzt endlich auf die Seite der tödlich bedrohten sächsischen Arbeiter stellen?

Eine Tatsache steht jedoch schon jetzt unverrückbar fest: Die Erbitterung der Arbeiterschaft, ihre Kampfbereitschaft und ihr Kampfwille wachsen stündlich, und zwar trotz aller Rückschläge, die infolge des verräterischen Verhaltens der Sozialdemokratie aller Richtungen hier und dort zu verzeichnen waren.

Von der Art des weiteren Vorgehens der Reichsregierung gegen Sachsen wird es abhängen, in welchem Tempo die Dinge in Deutschland sich abwickeln werden.

Der legale Separatismus im Rheinland.

Von Walter Stoecker (Düsseldorf).

** Durch den Vorstoß der Separatistengruppe Matthes, Decker, Dorten, Smeets ist der sogenannte putschistische Separatismus in aller Munde. Alles spricht von den Aussichten und Möglichkeiten oder Unmöglichkeiten dieser faschistischen separatistischen Elemente. Mag der Vorstoß dieser Gruppe enden wie er will, mit der bevorstehenden Loslösung des Rhein- und Ruhrgebietes von Deutschland ist leider zu rechnen, da die Loslösungstendenzen dank der Politik der Reichsregierung, dank des politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruches des Reiches, vor allem aber wegen der Politik der rheinisch-westfälischen Großindustrie immer mehr an Boden gewinnen. Poincaré ist auf dem besten Wege, sein Ziel der Zerschlagung Deutschlands zu erreichen. Die rheinischen Großindustriellen wie auch das rheinische Bürgertum sind seine Schrittmacher. Der mächtige Otto-Wolff-Konzern und andere Industrielle arbeiten im stillen wie auch offen durch ihre gekaufte Presse für die Abtrennung von Deutschland. Nachdem die Großindustriellen das Deutsche Reich bis aufs letzte ausgepumpt und ausgesogen haben, versuchen sie, sich in einer rheinisch-westfälischen Repu-

blik unter den Schutz des Entente-Militarismus zu retten. Aber auch in weiten bürgerlichen Schichten hat der Separatismus in den letzten Wochen stark an Boden gewonnen, insbesondere in den Kreisen des Mittelstandes, der Hausbesitzer, der kleinen Kaufleute, Handwerker und Bauern. Das Zentrum ist von jeher dank seiner föderalistischen Tendenzen ein ziemlich unsicherer Kantonist in der Frage der Reichseinheit gewesen. Seit langem arbeitete es im stillen für die Loslösung von Preußen und die Schaffung eines selbständigen rheinisch-westfälischen Bundesstaates.

Durch die Haltung der französischen Regierung Berlin gegenüber, durch den katastrophalen Verfall des Reiches und durch den jetzigen putschistischen Vorstoß ist in den weitesten Kreisen des rheinisch-westfälischen Bürgertums und, wie es scheint, auch der Sozialdemokratie bei aller scharfen Ablehnung des putschistischen Separatismus der Gedanke einer selbständigen rheinisch-westfälischen Republik doch sehr stark gewachsen.

Schrieben doch zum Beispiel die der Deutschen Volkspartei nahestehenden „Düsseldorfer Nachrichten" am Tage des Aachener Putsches in ihrem Leitartikel:

„Der Not gehorchend, werden überall im besetzten Gebiet Sonderabmachungen getroffen, die bei der großen Masse der Bevölkerung leider den Eindruck hervorrufen, daß die besetzten Gebiete von Berlin sich selbst überlassen bleiben, gewissenmaßen also von der Reichsregierung in ihrer Ohnmacht unfreiwillig preisgegeben würden. **Diese psychologische Einstellung namentlich der rheinischen Bevölkerung vermag Folgen zu haben, die wir hier nur andeuten wollen.** Es genügt der Hinweis auf eine süddeutsche Zeitung, die vor einigen Tagen schrieb, **zur Rheinischen Republik fehle allein noch die Proklamation! Mit dem Trieb der Selbsterhaltung,** der den Völkern ebenso innewohnt wie den Einzelmenschen, und dem **Recht der Selbstbestimmung, das heute als ausschlaggebend gilt,** lassen sich nicht nur wirtschaftliche, **sondern auch staatsrechtliche Maßnahmen erklären, begründen und — entschuldigen. Sturmzeichen warnen, wohin man den Blick richtet!"**

Zum ersten Male hören wir in diesem Blatt etwas von dem Rechte der Selbstbestimmung, das staatsrechtliche Maßnahmen entschuldigen lasse, was in deutscher Sprache heißt: der Trieb der Selbsterhaltung und das Recht der Selbstbestimmung lasse auch staatsrechtlich eine Trennung und Selbständigmachung der rheinischen Bevölkerung „erklären, begründen und entschuldigen".

Am Tage nach dem Aachener Putsch schrieb dasselbe Blatt in Nr. 445 dann noch deutlicher:

„Die Versuche, in einzelnen Städten durch Putsche gewaltsam eine Rheinische Republik auszurufen, drohen die notwendige Einigkeit innerhalb des **rheinischen Volkes** zu zerstören und den Parteikampf auch in einem Gebiet zu entfesseln, das bisher in seinen Wünschen und Forderungen sich trotz seiner schlimmen Lage immer nur von **deutschen** Interessen leiten ließ. Und wenn wirklich, da die politischen Verhältnisse auf wirtschaftlichem Gebiete Sonderverhandlungen und Sonderabmachungen bedingen, **neue Beschlüsse von größter Tragweite gefaßt werden müssen, so obliegt diese Aufgabe den parlamentarischen Vertretern des rheinischen Volkes, vor allem dem Provinziallandtage, der allein zu gesetzgeberischen Maßnahmen befugt ist."**

Zum ersten Male ist in diesem Blatte von der Einigkeit innerhalb des „rheinischen Volkes" die Rede, und die Bemerkung der „neuen Beschlüsse von größter Tragweite" sagt nur, daß, wenn eine Loslösung der Rheinlande vorgenommen werde, dies durch die parlamentarischen Vertreter geschehen müsse. Also keineswegs mehr die früher so entschiedene und klare Ablehnung jeglicher Loslösungstendenzen.

In der Ausgabe vom 28. Oktober schreibt das gleiche Blatt dann ganz eindeutig:

„Wenn die Rheinische Republik eine politische Notwendigkeit wird, wenn die Macht der Verhältnisse dem rheinischen Volke die freiwillige Loslösung aus dem Verbande des preußischen Staates oder gar des Reiches **als das unvermeidliche kleinere Uebel erscheinen läßt,** dann wäre es nationale Pflicht und die politische Aufgabe der Parteien und der rheinischen Volksvertretung, **diese bedeutsame Entscheidung vorzubereiten und in würdiger, anständiger Weise zu vollziehen.** Wir können uns z. B. sehr wohl vorstellen, daß **der Provinzial-Landtag, als die zurzeit berufene Vertretung des rheinischen Volkes, sich versammeln würde und einen aus seiner Mitte gewählten Ausschuß mit Vollmachten als Ministerium bestellte, bis ein aus der allgemeinen Volksabstimmung hervorgegangenes neues Parlament die Bildung des neuen Staates mit Verfassung und Regierung rechtsgültig vollziehen würde. Das wäre der staats- und völkerrechtlich gültige Akt der Neugründung eines selbständigen Rheinlandes, das damit als anerkanntes, weil politisch wie wirtschaftlich gleich vertrauenswürdiges Mitglied in die europäische Staatengesellschaft einträte."**

Klarer kann diese, der Schwerindustrie nahestehende Zeitung, wirklich nicht sprechen.

Eine Kundgebung aller bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien und Organisationen von Aachen gegen den „Banditenseparatismus" enthält folgende begeisternde Stelle:

„Mögen alle diejenigen in der alten und neuen Welt, für die Demokratie und **freie Selbstbestimmung der Völker** kein leerer Wahn sind, ihre Stimme erheben, zu Gunsten des Rheinlandes und **verlangen, daß die rheinische Frage, soweit eine solche vorhanden ist, nur durch eine klare unbeeinflußte Willensäußerung der beteiligten Bevölkerung in ihren berufenen Vertretungen in Uebereinstimmung mit der Reichs- und Staatsregierung und nicht durch eine handvoll hergelaufener Putschisten gelöst wird."**

Diese Kundgebung wird von der schwerindustriellen deutschvolksparteilichen **„Kölnischen Zeitung"** am 28. Oktober geschickt mit folgendem Kommentar versehen:

„Die Aachener erheben die Forderung, daß die rheinische Frage, soweit eine solche vorhanden ist, nur durch eine klare und **unbeeinflußte Willensäußerung der Bevölkerung in ihren berufenen Vertretungen in Uebereinstimmung mit der Reichs- und Staatsregierung** und nicht durch eine handvoll hergelaufener Putschisten gelöst werde. **Hinter dieser Forderung steht mit Ausnahme der Elemente, die sich selbst gegenseitig aufs Uebelste gekennzeichnet haben, die ganze rheinische Bevölkerung.** Wenn ihre Vertreter sich jetzt anschicken, mit der französischen Besatzungsbehörde in Fühlung zu treten, so kann es schlechterdings in keinem andern Sinn geschehen, als in dem des empörten Einspruchs und der **Forderung, die in der Aachener Kundgebung aufgestellt ist."**

Von den vielen ähnlichen Stimmen in der übrigen Presse greifen wir noch eine interessante Aeußerung aus der Zentrumspresse heraus. In der „Kölnischen Volkszeitung" (Nr. 783) schreibt der Zentrumsreichstagsabgeordnete **Joos** unter der bezeichnenden Ueberschrift „Klarer Wille" unter anderem:

„Noch ist das Deutsche Reich nicht versunken, noch ist sein Lebenswillen kräftig. Also können wir nicht annehmen, daß es außerstande sei, uns beizustehen. Wenn aber dem so sein sollte, wenn die Reichsregierung nur mehr innerhalb bestimmter Grenzen zu helfen in der Lage sein sollte, **dann muß sie es uns möglich machen, selbst zu sorgen.** Nichts ohne, nichts gegen, wohl aber **mit** Zustimmung des Reiches."

Nachdem Joos dann selber eine solche Initiative ablehnt, schreibt er weiter:

„Heute wird der Ansturm der dunklen Helfershelfer der Sonderbündler von dem eindeutigsten Willen der Bevölkerung von rechts bis zur äußersten Linken glatt erledigt. **In M.-Gladbach standen die Kommunisten im Vordergrunde der Befreier des Rathauses.** Gelingt es nicht, in wenigen Wochen Arbeit, Brot, Geld zu schaffen, dann könnte es leicht der Fall sein, daß dieselben Kommunisten und andere wieder auf den Rathäusern erscheinen, aber nicht, um zu befreien, sondern um zu diktieren. Wir gehen Hungerrevolten entgegen. Das törichte Experiment der Sonderbündler hat diese Entwicklung nicht hintangehalten, sondern beschleunigt. Haben wir acht, daß uns diese kommende Woge nicht in die Anarchie und den Abgrund wirft.

Auf diese nächste Frage ist das Augenmerk nun zu richten. Alles andere kommt später. **Es gibt noch Mittel und Wege, die wir hier nicht erörtern wollen, die aber zu ernster Diskussion stehen werden an dem Tage, da alle anderen Mittel versagt haben. Die Bevölkerung am Rhein hat Anrecht auf Leben und Lebensmöglichkeit. Es sind in den letzten Jahren Worte und Begriffe erfunden und neu geprägt worden von Freiheit und Gerechtigkeit und Selbstbestimmung von Völkern. Es geht nicht an, hohnlächelnd an diesen selbstgeprägten Worten vorbeizugehen und gegen sie zu handeln. Wir berühren Perspektiven, die sich später einmal öffnen werden."**

Auch hier also auf einmal die Andeutung der Anwendung der Begriffe des Selbstbestimmungsrechts und der „Freiheit des rheinischen Volkes", an denen man nicht mehr hohnlächelnd vorbeigehen dürfe. Das im übrigen Joos in diesem Artikel nur noch von der Zugehörigkeit der Rheinlande zum Reich, nicht aber zu Preußen spricht, wundert uns bei den Zentrumsführern nicht mehr, da sie seit langem für einen rheinisch-westfälischen Bundesstaat im Reichsrahmen, aber losgetrennt von Preußen, eintreten.

Daß aber auch in der Sozialdemokratie des Rheinlandes der Gedanke des legalen Separatismus immer mehr Platz greift, zeigt eine Aeußerung der Kölner „Rheinischen Zeitung" vom 25. Oktober. Im Leitartikel wendet sie sich gegen den separatistischen Versuch der Pfälzer Sozialdemokraten, wirft ihnen im Grunde aber nur vor, daß sie den Versuch ohne Verständigung mit den

bürgerlichen Parteien und ohne Einverständnis mit der Reichsregierung unternommen hätten. Dann aber kommt folgender Satz:

„Man kann sich denken, daß in einer Stunde höchster Not die gewaltige Mehrheit eines Volkes sich zu einem Entschluß durchringt, der im rechten Augenblick ihm und dem Ganzen Erleichterung von einem unerträglichen fremden Druck verschafft und einen neuen Weg zur Verständigung mit dem Bedrücker sucht."

Einflußreiche sozialdemokratische Gewerkschaftsführer äußern die Ansicht, die Erklärung der Rheinisch-Westfälischen Republik sei unvermeidlich und es bleibe nichts anderes übrig, als „sich auf den Boden der Tatsachen zu stellen". Dies sei auch die Ansicht der „maßgebenden" Kreise im Rheinland.

Daß der separatistische Gedanke in den Reihen der Führer der Koalitionsparteien schon stark Platz gegriffen hat, zeigt auch die bekannte Erklärung der Kölner Koalitionsparteien nach dem Aachener Vorstoß, die mit keinem Worte mehr von dem unbedingten Festhalten am Reiche und an Preußen spricht, sondern sich nur negativ gegen die Putschistenbanden wendet. Zwischen den Zeilen kann man in diesem Aufruf manches lesen.

In den politischen Kreisen des Rheinlandes erwartete man von den Besprechungen mit der Reichsregierung in Hagen eine in dieser Richtung liegende „Lösung" der Rheinischen Frage. Der offizielle Bericht über die Konferenz in Hagen war recht zweideutig. Man teilt zwar mit, daß die Berliner Regierungen nicht an eine Aufgabe der Rheinlande dächten, deutet aber in keiner Weise an, wie sich die politischen Führer des Rheinlandes in der, wie es heißt, mehrstündigen Aussprache zu dieser Frage gestellt haben. Es wird aber mitgeteilt, daß die Parteien des besetzten Gebietes zur Sicherung einer „ständigen Fühlungnahme untereinander" und mit der Reichsregierung und zur Mitwirkung bei den „notwendigen Verhandlungen auf wirtschaftlichem Gebiet" einen Ausschuß von 15 Personen bereits eingesetzt hätten. Wahrscheinlich hat dieser Ausschuß auch „größere" Aufgaben.

Ist es richtig, daß in dieser Konferenz der Kölner klerikale Oberbürgermeister Adenauer und zahlreiche andere bürgerliche Führer des Rheinlandes für die Schaffung einer Rheinisch-Westfälischen Republik eingetreten sind?

Angesichts dieser Entwicklung ist die Proklamierung der Rheinisch-Westfälischen Republik nur noch eine Frage von Wochen, vielleicht nur von einigen Tagen. Die sozialdemokratischen Führer sind offenbar dabei mit am Werke.

Die komm. Arbeiter im Rhein- und Ruhrgebiet werden sich mit aller Kraft jeglichem Loslösungsversuch entgegenstellen, und wir erwarten dies auch von unseren sozialdemokratischen Klassengenossen. Die Arbeiterschaft am Rhein und an der Ruhr hat alles Interesse daran, sich von dem kommenden proletarischen Deutschland nicht trennen zu lassen.

Deutschland wird sein wichtigstes und wertvollstes Industriegebiet verlieren. Das gesamte Bürgertum unter Führung der Schwerindustrie verläßt das sinkende Reichsschiff. Nur das rheinisch-westfälische Proletariat wird Rhein und Ruhr dem deutschen Volke wiedergeben, dann aber einem proletarischen Deutschland.

Das Auslandskomitee der IAH. an die Werktätigen der ganzen Welt.

** Eine Hungersnot von ungeheurem Ausmaße ist über Deutschland hereingebrochen. Die wichtigsten und bevölkertsten Industriebezirke Sachsens und Thüringens, die Rheingegend, Schlesien und Berlin sind ohne Lebensmittel.

Nachdem die deutsche Arbeiterschaft im Weltkriege vier Jahre des Hungers und nach dem Weltkriege fünf Jahre der Not und Entbehrung ertragen mußte, sieht sie sich heute vor einem Nichts. Aus der Entbehrung und Unterernährung ist eine krasse brutale Hungersnot geworden.

Millionen von deutschen Arbeitern werden in den nächsten Tagen so gut wie nichts mehr zu essen haben.

Millionen von Frauen und Kindern deutscher Arbeiter müssen das Notwendigste zum Leben entbehren.

Die Folgen der Katastrophe sind unübersehbar. Hunderttausende von Kindern sterben. Hunderttausende verfallen rettungslos dem Siechtum; die Mütter werden krank und können ihre Kinder nicht mehr ernähren.

In dem Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft und bei der Auflösung des Deutschen Reiches müssen die Arbeiter mit ihren Familien am schwersten leiden, die meisten Opfer bringen. Sie sind den größten Entbehrungen ausgesetzt. Die heute über Deutschland hereinbrechende Hungersnot droht größer und grausamer zu werden als jene von 1921 in Rußland. Aber die Ursachen dieser Hungerkatastrophe sind nicht, wie 1921 in Rußland, von der Natur herbeigeführt worden, sondern die Ursachen sind die Folgen des Bankrotts der deutschen kapitalistischen Führung, des Zusammenbruchs der deutschen bürgerlichen Wirtschaft. Um so dringender, um so rascher und größer muß die Hilfe der Arbeiter der ganzen Welt für die Opfer der deutschen bürgerlichen Wirtschaftspolitik sein.

Das unterzeichnete Komitee, das im Jahre 1921 mit Hilfe der Werktätigen der ganzen Welt die große Hilfsaktion für die hungernden russischen Arbeiter und Bauern organisierte, richtet heute den dringendsten und leidenschaftlichsten Appell an alle Arbeiter, Angestellten, Beamten, Kleinbauern, kleinen Landwirte, an die Schaffenden aller Länder, sofort und unverzüglich eine breite und große Hilfsaktion zur Rettung der deutschen Arbeiter und ihrer Familien aus der Hungersnot zu organisieren.

Kein Tag, keine Stunde darf gezögert werden. Ueberall in allen Städten, Dörfern müssen sich sofort Komitees aus Vertretern aller Berufe, sozialen Schichten, Parteien und Gewerkschaften konstituieren und planmäßig große Sammlungen von Lebensmitteln, Kleidern, Geldern durchführen. Das russische Proletariat hat bereits seit Wochen begonnen, die 1921 vom Weltproletariat empfangene Hilfe doppelt zurückzuzahlen. In jedem Dorf, in jeder Stadt Rußlands wird heute für das deutsche Proletariat gesammelt. Die Werktätigen Amerikas, Australiens und Europas dürfen nicht zurückstehen. Organisiert rasch, helft sofort! Sendet alle, auch noch so kleinen Beträge raschestens an die Zentrale der Internationalen Arbeiter-Hilfe! Jede Stunde ist kostbar.

Das unterzeichnete Komitee ist überzeugt, daß die breiten Massen des Weltproletariats heute wie 1921 seinem Appell Folge leisten und dem deutschen Proletariat in brüderlicher Liebe zu Hilfe eilen.

Bereits sind die ersten Sammelresultate in unseren Händen. Die Hilfsaktion hat begonnen. Das unterzeichnete Komitee konnte schon 100 000 Zentner russischse Getreide nach Berlin, Sachsen und Thüringen transportieren, das kostenlos an die Erwerbslosen, Sozialrentner und minderbemittelten Kreise verteilt wird. Das ist der erste Schritt, die weiteren müssen rasch folgen.

Sammelt! Gebt! Rüttelt auf! Organisiert! Schickt Lebensmittel und Geld an die nationalen und an das Internationale Komitee der Arbeiter-Hilfe!

Es lebe die internationale Solidarität aller Arbeiter!

Das Auslandskomitee:

(gez.) Clara Zetkin, Käthe Kollwitz, Prof. Eltzbacher, Dr. Alfons Paquet, Prof. Oestreich, Ernst Toller, G. G. L. Alexander, Edwin Hoernle, Paul Scholze, Willi Münzenberg, Max Barthel, Theodor Liebknecht (Deutschland). Anatole France, Henry Barbusse, Vaillant-Couturier, André Marty (Frankreich). Henriette Roland-Holst, Edo Finnmen, J. W. Kruyt, J. Brommert (Holland). Martin Andersen-Nexö (Dänemark). Ture Nermann, Bürgermeister Lindhagen, Z. Höglund (Schweden). S. Sievertson (Norwegen). J. Matthieu, Pasteel (Belgien). Prof. Forel, Fritz Platten (Schweiz). Smeral, Kreibisch (Tschechoslowakei). Prof. Graziadei, Misiano (Italien). Upton Sinclair, A. Davis (Amerika). Helen Grawfurd, Whitehead (England).

Politik

Die spanische Diktatur in der Sackgasse.

Von J. (Barcelona).

** Als der Diktator Primo de Rivera die Macht an sich riß, war er des Glaubens, es würde ihm ebenso leicht fallen, ein Land zu regieren, wie ein paar Einheiten der spanischen Armee zu kommandieren.

Nach zehntägigem Bestehen der Diktatur haben wir bereits vorausgesagt, daß sie unvermeidlich mit einem Mißerfolg enden wird. Und nach vier Wochen militärischer Regierungstätigkeit erscheint die Lage noch viel ungünstiger für das Direktorium. Primo de Rivera hat die Kapitalisten und Agrarier aus der Regierung verdrängt. Auf wen kann er sich jetzt stützen? Nach einigem Zögern, als er sich inne geworden war, daß die bürgerlichen Parteien sich in eine Reservestellung zurückgezogen haben, suchte der Diktator sich die Unterstützung der öffentlichen Meinung zu sichern. Die Diktatur ist mit anderen Worten zu einer Regierung der Mittelklasse geworden.

Der Lärm, der um die Pläne der „Versittlichung der Politik" gemacht worden war, hat bei den Mittelklassen manche Hoffnung wach werden lassen. Allein mit jedem Tage vertiefte sich die Kluft zwischen der Regierung und den Kapitalisten. Die Verordnung, die die Unvereinbarkeit hoher öffentlicher Aemter mit der Leitung von Erwerbs- und Finanzgesellschaften proklamierte, hat diese Kluft gegraben. Bildet sich Primo de Rivera

wirklich ein, es sei möglich, eine reinliche Scheidung zwischen Politik und Wirtschaft durchzuführen? Wenn so die Unzufriedenheit der kapitalistischen Kreise ständig wächst, so ist andererseits das Land in seiner Gesamtheit der Militärdiktatur durchaus nicht günstig gesinnt. Bei der kürzlichen Erneuerung einer Anleihe wurden 20 Proz. der angeforderten Summe nicht gezeichnet. Daraufhin hat die Regierung einen Aufruf an die Kapitalisten gerichtet, in dem sie ihre Verwunderung darüber ausdrückte, daß man ihr nicht die notwendige Unterstützung leihe.

Diese Lage bewirkt, daß man schon überall das Gerücht kolportiert, der General Cabanellas, ein Gegner Primo de Riveras, werde sich an die Spitze einer anderen Militärkamarilla stellen. Gleichzeitig beginnen die „alten Politiker", dieselben, die sich bisher „abwartend" verhielten, wieder ihre Unterhaltungen, Zusammenkünfte und Planvorbereitungen.

Graf Romanones erklärte neulich, er werde vielleicht schon im Januar nächsten Jahres wieder an der Spitze der Regierung stehen. Die Verhältnisse sind Herrn Primo de Rivera so wenig günstig, daß der „liberale" Graf vielleicht gar nicht so ganz unrecht hat. Auf alle Fälle ist es sehr zweifelhaft, ob es Primo de Rivera gelingen wird, die von ihm versprochene „Rettung" Spaniens durchzuführen.

Wirtschaft

Wirtschaftlicher Brief aus Schweden.

Von Paul K. Ranun (Stockholm).

** Eine bis zum Jahre 1921 nicht bemerkbare wirtschaftliche Depression erstreckte sich seit diesem Zeitpunkt bis Ende vorigen Jahres über Schweden. Es war eine Krise, die — wie wir sie schon aus der englischen Entwicklung kennengelernt haben — aus den Valuta-Gegensätzen erwachsen ist. Auch Schweden, das durch die hochwertige Valuta seines Landes unter Absatzstockung und Arbeitslosigkeit zu leiden hatte, machte von der Regel keine Ausnahme. Der Beginn der Wirtschaftskrise in Schweden fiel zeitlich mit dem Beginn der rapideren Abwärtsbewegung der deutschen Reichsmark zusammen. Handel und Industrie — überhaupt alle nationalökonomischen Fachkreise — waren sich damals einig, daß die plötzlich eingetretene Krise auf die ungesunden Wirkungen des angeschwollenen deutschen Exports zurückzuführen sei. Tatsächlich wurde der schwedische Markt mit Exportgütern der deutschen Industrie überflutet; aber noch mehr als durch die deutsche Einfuhr wurde das Erwerbsleben durch die Stockung der Ausfuhr nach den Ländern ungünstig beeinflußt, die ihren Bedarf an Holz, Zellulose, Stahl und Eisenerzeugnissen bis dahin aus der schwedischen Produktion gedeckt hatten. Es war jedoch nicht nur die durch den fallenden Wert der deutschen Mark herbeigeführte sogenannte Exportüberlegenheit Deutschlands, die so große Schäden in der schwedischen Wirtschaft verursachte, sondern auch die im Werte erheblich höher stehende finnische Mark. Für Schweden sowohl wie für Finnland ist der Grubenholzmarkt ein hochwichtiges Gebiet. War der englische Bedarf an Grubenholz vordem vorzüglich aus der schwedischen Produktion gedeckt worden, so drängte sich die finnische Konkurrenz hier erfolgreich zwischen.

Die schwedische Krise hielt etwa anderthalb Jahre an. Nahezu 100 000 Arbeitslose mußten während dieser Zeit durch den Staat erhalten werden. 50 000 von ihnen wurden vom Staat mit Notstandsarbeiten beschäftigt: bei der Forstwirtschaft, bei der Holzgewinnung, im Straßenbau, beim Ausbau von Wasserkraftanlagen usw. Es ist klar, daß es bei diesen Arbeiten nicht ohne Differenzen zwischen den dort beschäftigten Arbeitern und dem Arbeitgeber, dem Staat, abging. Die Arbeiter kämpften gegen die niedrigen Unterstützungslohnsätze an, weil diese auch eine Herabminderung der Löhne für die kommenden normalen Zeiten nach sich zu ziehen drohten.

Auch sonst war die Wirtschaftskrise in Schweden von schweren sozialen Erschütterungen begleitet. Auf den Privatbahnen haben die Eisenbahner einen großen Streik durchgeführt, die Bauarbeiter waren ausgesperrt, fast sämtliche Eisenindustrien hatten ihre Arbeiter aufs Pflaster geworfen.

Noch in der Zeit des Rückganges des Grubenholzabsatzes in England war auch die Quote der schwedischen Einfuhr an englischer Kohle gesunken. Die Industrie war im stärkeren Maße dazu übergegangen, anstatt englischer Kohle Ruhrkohle einzuführen. Mit dem Beginn der Ruhrbesetzung wurde die Einfuhr von Ruhrkohle unterbunden. Nachdem erstens das normale Wirtschaftsleben in Westfalen und im Rheinland und zweitens die Annäherung der deutschen Exportpreise an die Weltmarktpreise den deutschen Export stark herabgemindert hatten, trat in Schweden eine Wendung der wirtschaftlichen Lage ein. Die unheilvolle Ruhrbesetzung hat eine auf die schwedische Wirtschaft günstige Einwirkung herbeigeführt. Seit dem Frühjahr 1923 geht eine zwar langsame, aber stetige Abnahme der Arbeitslosenziffer vor sich. In den letzten vier Monaten verringerte sich die Zahl der Arbeitslosen so sehr, daß man heute in diesem Zusammenhange kaum noch von einer Wirtschaftskrise sprechen kann. Allein in der letzten Woche hat die Zahl der Arbeitslosen um 4000 abgenommen. Von 97 500 ist die Arbeitslosenziffer bis auf rund 9000 zurückgegangen. Es ist eine ständige Steigerung der industriellen Produktion festzustellen. Die Absatzverhältnisse der Holzindustrie verbessern sich, die großen Stahlwerke sind reichlich mit Aufträgen versehen, und die Maschinenindustrie, die durch die deutsche Konkurrenz am meisten zu leiden hatte, hat sich infolge des Rückganges des deutschen Maschinenexportes gehoben. Infolgedessen haben sich auch die Konfektions- und Lebensmittelindustrien derart erholt, daß hier gegenwärtig fast die Vorkriegshöhe erreicht ist. Der schwedische Holzexport ist außer in Deutschland, Frankreich, Belgien und Holland auf allen europäischen Absatzgebieten gestiegen. Die Zelluloseindustrie hat aus Amerika umfangreiche Aufträge erhalten, und die Eisenwerke arbeiten schon wieder so stark, daß 60 Prozent der Hochöfen bereits wieder in Betrieb genommen worden sind. Der Frachtenverkehr blüht, die Handelsflotte ist gut beschäftigt. Nur die Landwirtschaft hat in diesem Jahre eine Mißernte zu verzeichnen. Die Handelsbilanz wird durch die Erhöhung der Getreideeinfuhr verhältnismäßig stark belastet, so daß die Handelsbilanz für die ersten acht Monate dieses Jahres einen riesigen Importüberschuß aufweist. Der Wert der importierten Waren betrug in diesem Jahre bis jetzt 166 Millionen gegenüber 55 Millionen Kronen im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Der Aufschwung der schwedischen Wirtschaft hat auch eine Steigerung des realen Einkommens des schwedischen Arbeiters mit sich gebracht. Aus diesen Ursachen kann gegenwärtig auch ein gewisser Friedenszustand zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern beobachtet werden. Neben anderen Fragen, die die Kreise der schwedischen Wirtschaft beschäftigen, wird die Frage der Anbahnung eines geregelten Wirtschaftsverhältnisses zu Rußland — über die eigentlichen Wirtschaftskreise hinaus — bereits in weitesten Volkskreisen erörtert. Diese Frage ist deshalb so dringend, weil außer Deutschland auch die unmittelbaren Nachbarn Schwedens — Dänemark, Finnland und Norwegen — die diplomatische Handelsverbindung mit Rußland bereits durchgeführt haben.

Arbeiterbewegung

Eine Abordnung der deutschen revolutionären Betriebsräte in Paris.

Von L. R.

** Ende August etwa richtete der revolutionäre Metallarbeiterverband Frankreichs ein Schreiben an den Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte, in dem er diesen aufforderte, eine Abordnung nach Frankreich zu schicken, um innigere Bande zwischen dem Proletariat beider Länder anzuknüpfen. In diesem Schreiben sprach der französische Metallarbeiterverband seine Ueberzeugung aus, daß der Zusammenbruch der Politik der Koalitionsregierung sehr bald die Revolution entfesseln und dann mit einer militärischen Intervention der französischen imperialistischen Regierung gerechnet werden muß. Unter diesen Umständen hätten die französischen und deutschen Proletarier um so mehr Grund, ihre unerschütterliche Solidarität im Kampfe gegen die Ausbeuter vor der ganzen Welt zu demonstrieren.

Erst in den letzten Tagen ist es dem Reichsausschuß gelungen, der Einladung Folge zu leisten und eine kleine Abordnung von zwei Mann nach Paris zu schicken. Ihr Besuch fiel mit der Chemnitzer Konferenz zusammen und sowohl unseren Genossen selbst, wie jenen französischen Genossen, die gerade aus Chemnitz zurückkamen, schien es, daß Deutschland unmittelbar vor der Ausrufung des Generalstreiks stehe. Da galt es für die beiden Delegierten, auf eine große Agitationskampagne in einem derartigen Moment zu verzichten und schleunigst auf ihren Posten in Deutschland zurückzukehren. So beschränkte sich der Besuch der Abordnung auf einige Zusammenkünfte mit Genossen, die in der französischen Arbeiterbewegung an führender Stelle tätig sind.

Die Führer der CGTU. (Revolutionärer Allgemeiner Gewerkschaftsbund) und des ihm angeschlossenen Metallarbeiterverbandes erklärten der Abordnung der deutschen Betriebsräte, daß wir versichert seien könnten, daß sowohl der Gewerkschaftsbund als auch der Metallarbeiterverband Frankreichs alles einsetzen werden um der deutschen Revolution zum Siege zu ver-

helfen und sie in ihrem Bestand zu verteidigen. Die Vertreter der französischen Organisationen führten den anwesenden Vertretern der Organisationen sowohl die Frage der Bildung der Einheitsfront, wie die Organisierung der Betriebsräte und vor allem die Aufgabe vor Augen, in Frankreich eine Bewegung unter der Losung „Hände weg von der deutschen Revolution" ins Leben zu rufen. Die Abordnung der deutschen Betriebsräte betrachtete es als ihre Klassenpflicht, auch an das Solidaritätsgefühl der französischen Reformisten zu appellieren. Es fand eine Zusammenkunft zwischen der Abordnung, den Vertretern der CGT. (Reform. Allgem. Gewerkschaftsbund) und dem der CGT. angeschlossenen Metallarbeiterverband statt. Von letzterem waren sowohl der Hauptvorstand wie der Vorstand der Pariser Ortsgruppe zugegen. Nachdem die deutschen Delegierten den Franzosen auseinandersetzten, daß der Reichsausschuß größten Wert darauf lege, in diesem Augenblick mit der Gesamtarbeiterschaft Frankreichs — namentlich im Interesse der deutschen Revolution und der internationalen Befreiung des Proletariats — die engste Verbindung herzustellen, erwiderte einer der Franzosen im Namen aller Anwesenden: „Unter den Umständen, wie die deutsche Revolution sich entwickelt hat, ist es für uns **eine selbstverständliche proletarische Pflicht**, durchaus alles zu tun, was irgendwie von der französischen Arbeiterklasse verlangt werden kann, um die Bewegung zu fördern. Wenn uns auch noch große Schwierigkeiten entgegenstehen, so sind wir trotzdem bereit, **kein Mittel unversucht zu lassen**, und unaufhörlich zu arbeiten, **ganz gleichgültig, welche Formen die deutsche Revolution annehmen sollte**".

Das war, kurz zusammengefaßt, der genaue Sinn der Erklärungen der Vertreter der französischen reformistischen Gewerkschaftsbewegung, über die die deutsche Arbeiterschaft sich nur freuen darf — wenn die Versprechungen **treu gehalten werden**. Es ist dabei noch hervorzuheben, daß der Vertreter der CGT. betonte, daß seine Organisation gewillt sei, in dieser Frage mit den revolutionären Gewerkschaften vollständig solidarisch zusammenzugehen.

Von der Grenze Frankreichs sandte die deutsche Betriebsräteabordnung an die beiden Gewerkschaftszentralen noch ein Schreiben folgenden Inhalts:

„Werte Kollegen!

In dem Augenblick, da wir den französischen Boden wieder verlassen und die kapitalistischen Grenzen überschreiten, um zu unseren Auftraggebern, den im offenen revolutionären Kampfe stehenden deutschen Arbeitern, zurückzukehren, übersenden wir Euch noch einmal die brüderlichsten Grüße.

Wir sind ganz besonders erfreut über die Tatsache, daß wir der deutschen Arbeiterschaft, die sich jetzt in entscheidenden Riesenkämpfen um ihre Befreiung befindet, die feste Zusicherung der nachdrücklichsten und weitestgehenden Unterstützung sowohl der CGT. als auch der CGTU. übermitteln können.

Die gesamte deutsche Arbeiterklasse wird durch diese Gewißheit eine wesentliche Steigerung ihrer Stärke und ihres Mutes im Kampfe erfahren.

Wir hoffen im Interesse des gesamten Proletariats, daß Ihr alles tun werdet, um diese Einheit im Handeln im internationalen Maßstabe baldigst herzustellen. Der Sieg und die Verteidigung der deutschen Revolution werden in hohem Maße auch hiervon abhängen.

Wir senden diese letzten Zeilen an Euch, als die Vertreter der französischen organisierten Arbeiterschaft, des revolutionären französischen Proletariats, mit dem Kampfruf:

Es lebe die deutsche Revolution! Es lebe die internationale Solidarität der Arbeiterklasse! Es lebe die Befreiung des Weltproletariats!"

Die persönliche Fühlungnahme zwischen den Vertretern des deutschen und französischen Proletariats wird zweifellos für die Schaffung innigerer Beziehungen zwischen den Arbeitern beider Nationen nicht ohne Bedeutung bleiben. Gemeinsamer Kampf in den Entscheidungsstunden der deutschen Revolution — als zweiter Akt der Weltrevolution — wird sie auf Leben und Tod zusammenschweißen!

Aus der Internationale

Brief der KI. an alle Mitglieder der Norwegischen Arbeiterpartei.

Werte Genossen!

** Die gegenwärtigen Führer der Mehrheit Eures Zentralkomitees haben, ohne mit der Komintern Rücksprache zu nehmen, für den 2. November 1923 einen außerordentlichen Parteitag zwecks Besprechung der Meinungsverschiedenheiten einberufen, die diese Führer mit der Kommunistischen Internationale haben. Alles läßt darauf schließen, daß einige dieser Führer direkt auf die Spaltung Eurer Partei und auf einen Bruch mit der Kommunistischen Internationale hinarbeiten. Wer die Vorgeschichte der gegenwärtigen inneren Kämpfe kennt, kann sich dieses Eindrucks nicht erwehren. Niemand von Euch darf vergessen, daß die gegenwärtigen Führer der Mehrheit, mit Bull und Falk an der Spitze, schon vor dem letzten Kristiania-Kongreß eine Resolution durchgesetzt hatten, die den Bruch mit der Kommunistischen Internationale bedeutete, und nur der Druck der norwegischen Arbeiter zwang diese Führer, damals ihre offene Spaltungspolitik aufzugeben. Die offenen Spaltungspolitiker wurden später zu verkappten. Jetzt scheint ihnen die Stunde gekommen zu sein, die Dinge zu einer Spaltung zu treiben.

Bull, Falk und leider auch Genosse Tranmael behaupten, daß die Kommunistische Internationale sich in drei Punkten geirrt habe: 1. in der Frage der Arbeiter- und Bauernregierung, 2. in der Religionsfrage und 3. in der Frage des Verhältnisses der Roten Gewerkschafts-Internationale.

1. Die Arbeiter- und Bauernregierung.

Die Kommunistische Internationale hat beschlossen, die Parole der Arbeiter- und Bauernregierung herauszugeben. Alle der KI. angeschlossenen Parteien (56 an der Zahl) haben diese Parole mit Freuden begrüßt und können bereits gewisse politische Erfolge auf diesem Gebiete verzeichnen. Sämtliche sozialdemokratischen Parteien der Zweiten Internationale stehen dieser Parole der KI. zähneknirschend gegenüber, weil sie eingesehen haben, daß sie den Kommunisten den Weg zu den breitesten Massen der Arbeiter und Bauern bereitet. Nun kommen Falk und Bull (und leider auch Genosse Tranmael) und erklären, diese Parole sei gut für die ganze Welt mit einer einzigen Ausnahme: in Norwegen sei sie gegenwärtig nicht annehmbar. Nicht genug damit; sie erklären, daß die Annahme dieser Parole in Norwegen eine sozialdemokratische Ueberschätzung des Parlamentarismus und eine Gefahr des gewöhnlichen ministeriellen Sozialismus bedeutet.

Genossen, denkt darüber nach: weshalb soll diese Parole in einem Land wie Norwegen nicht annehmbar sein? Die norwegische Partei zählt nur etwa 60 000 Mitglieder. Die Klein- und Mittelbauern sowie die Fischer bilden einen sehr großen Teil der Bevölkerung. Wer die Bourgeoisie tatsächlich besiegen und die proletarische Macht erkämpfen will, der kann nicht umhin, diese Bevölkerungsschichten für die proletarische Sache zu erobern. Nur diejenigen, die eine engherzige Zunftpartei wollen, die gar nicht daran denken, die Bourgeoisie wirklich zu stürzen und die Staatsmacht in die Hände des Proletariats zu legen, können die Aufgabe, die Bauern und Fischer zu gewinnen, ignorieren. Selbstverständlich können und müssen auch bei Euch nur die Arbeiter als Hauptfaktor der sozialistischen Revolution auftreten und eine proletarische Regierung bilden. Das können sie aber nur in dem Falle, wenn sie verstehen, die großen Massen der Kleinbauern und Fischer mitzureißen zum Kampf gegen die Reichen, gegen die Ausbeuter, gegen die Bourgeoisie.

Wenn man die Kommunistische Internationale einer sozialdemokratischen Ueberschätzung des Parlamentarismus beschuldigt, weisen wir auf folgende Tatsache hin. Schon bei der Begründung der Parole der Arbeiter- und Bauernregierung während der Erweiterten Exekutivsitzung erklärte der Vorsitzende der KI. unter allgemeiner Zustimmung, daß, wer diese Parole im „parlamentarischen" Sinne auslege, gegen den Geist der Kommunistischen Internationale verstoßen würde.

Die wichtigste Aufgabe für die Kommunistische Internationale besteht darin, daß die Kommunisten mit der Parole der Arbeiter- und Bauernregierung in die Massen des flachen Landes gehen, sich dort Gehör verschaffen, kommunistische Propagandaarbeit unter den breitesten Schichten der Kleinbauern leisten und sie aufrütteln, um sie zu einem gemeinsamen Kampfe unter der Führung des revolutionären Proletariats vorzubereiten. Nur diejenigen Elemente, denen alle Mittel recht sind, um die eigene Partei zu spalten und die Kommunistische Internationale zu diskreditieren, können diese Parole so verdrehen, wie das einige Führer in der gegenwärtigen Mehrheit in Norwegen getan haben.

2. Die Religionsfrage.

Dasselbe gilt von der Religionsfrage. Wie hat sich diese Sache entwickelt? Vor der Erweiterten Exekutivsitzung trat der schwedische Genosse Höglund mit einem Artikel auf, der allgemeines Befremden in der Kommunistischen Internationale hervorgerufen hat. Einstimmig — gegen ein paar schwedische und norwegische Genossen — beschloß die Kommunistische Internationale eine Resolution, in der an das ABC des Kommunis-

uns erinnert wurde. Keine Rede davon, daß wir die religiösen oder halbreligiösen Arbeiter abstoßen wollen. Die Kommunisten wollen und müssen die gesamte Arbeiterschaft gewinnen, auch diejenigen Arbeiter, die gegenwärtig noch in den christlichen Gewerkschaften usw. organisiert sind. Daß aber der klassenbewußte Teil der Arbeiterschaft und in erster Linie die führenden Schichten unserer Partei religiöse Vorurteile und das Pfaffentum bekämpfen müssen, ist eine Binsenwahrheit, und man muß sich schämen, daß man genötigt ist, dieses besonders breit zu verteidigen. Wir mußten leider führende Genossen aus der norwegischen und schwedischen Partei an diese Binsenwahrheit erinnern. Der Versuch dieser Genossen, sich in dieser Frage auf Marx zu berufen, ist mehr als sonderbar. Jeder Marxist kennt das Wort, daß die Religion Opium für das Volk ist. Wir Kommunisten fordern vom bürgerlichen Staate die Freiheit aller Religionen, die Nichteinmischung der Behörden in Glaubensangelegenheiten. Das soll aber keineswegs heißen, daß wir zulassen werden, daß man in den Reihen unserer Partei die Arbeiter durch Religionsnebel verdummt. Genossen, lest die Resolution der Erweiterten Exekutivsitzung der Kommunistischen Internationale und Ihr werdet Euch überzeugen können, mit welchen Mitteln die Bull und Falk gegen die internationale Organisation des Weltproletariats kämpfen.

3. Die Rote Gewerkschafts-Internationale.

Die übergroße Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Eures Landes ist gegen die gelbe verräterische Amsterdamer Internationale und mit Leib und Seele für die Rote Gewerkschafts-Internationale, für die Profintern. Aber die Bull und Falk, denen Lian und Tranmael Hilfe leisten, versuchen mit allen möglichen und unmöglichen Mitteln, die norwegischen Gewerkschaften von dem Anschluß an die Rote Gewerkschafts-Internationale abzuhalten. In dem Moment, wo selbst der linke Flügel der Amsterdamer Gewerkschaften auf einen Anschluß an die RGI. hinarbeitet, in einer Zeit, wo täglich neue Gewerkschaften in den wichtigsten Ländern der Arbeiterbewegung sich an die RGI. anschließen, finden sich bei Euch Führer, die sich Kommunisten nennen, die dagegen arbeiten.

Was ist die Rote Gewerkschafts-Internationale? Sie ist die internationale Vereinigung aller gewerkschaftlich organisierten Teile des Proletariats, die tatsächlich auf dem Boden des Klassenkampfes stehen und bereit sind, den Kampf gegen die Bourgeoisie bis zum Ende zu führen. Welche Gründe kann es für ehrliche Revolutionäre geben, einer solchen internationalen Organisation fern zu bleiben? Nichts als kleinliche Diplomatie steht hinter dieser Politik; Diplomatie, die einen Verrat an der Idee der internationalen Vereinigung der kämpfenden Arbeiterschaft darstellt.

4. „Mot Dag".

Die mehr als zweifelhafte Rolle, die die rechten Elemente der „Mot Dag"-Gruppe in diesem traurigen Konflikt spielen, ist jetzt für jeden klar. Leute, die höchstens ein paar Jahre in der Arbeiterbewegung tätig sind, die bisher durch nichts ihre Treue zum Proletariat bewiesen haben, wagen, eine alte, bewährte Arbeiterpartei zu dirigieren, die sie bereits an den Abgrund der Spaltung brachten. Wir alle kennen und schätzen den Genossen Tranmael als einen alten Kämpfer. Ihm gegenüber waren wir zu allen möglichen persönlichen Konzessionen bereit. Aber zu so zweideutigen Elementen, wie Falk und Hakon Meyer, hat die Kommunistische Internationale nur schärfstes Mißtrauen. Es ist schon so weit gekommen, daß in der norwegischen Arbeiterpartei ausgesprochen fremde Elemente nicht nur das Bürgerrecht haben, sondern sogar die Führung beanspruchen. Will die norwegische, klassenbewußte Arbeiterschaft weiterhin eine solche Entwürdigung ihrer Partei dulden?

5. Ausschluß der Genossen Jeanette, Olsen und Torneas.

Die Gruppe Tranmael behauptet, daß in der Kommunistischen Internationale zu wenig Demokratie und zu straffer Zentralismus herrsche. Die Statuten der KI. sind aber von allen Kommunistischen Parteien einstimmig bestätigt worden. Die Leitung der Kommunistischen Internationale gibt zweimal jährlich allen Sektionen Rechenschaft über ihre Tätigkeit, und unsere Parteien haben bisher diese Politik einstimmig gutgeheißen.

Was ist aber die Praxis der Falk, Bull und leider auch Tranmaels? Es genügte, daß ein altbewährter Genosse einen scharfen Artikel gegen Tranmael schrieb, um ihn sofort diktatorisch, ohne ihm die Möglichkeit einer Rechtfertigung zu geben, aus der Partei auszuschließen. So wird die Einheit einer Partei nicht gewahrt, sondern zerschlagen. So können nur diejenigen handeln, denen jedes Mittel recht ist, um die Partei zu zerschlagen. Auf dem letzten Parteitag in Kristiania siegte die Mehrheitsfraktion mit nur zwei Stimmen. Das genügte ihr, um die Minderheit zu vergewaltigen und den Beschluß, alle Entscheidungen der Kommunistischen Internationale durchzuführen, tatsächlich zu sabotieren.

Genossen, die entscheidende Stunde ist gekommen. Jetzt gilt es, der Kommunistischen Internationale und der Idee der Einheit Euer eigenen Partei Treue zu beweisen. Ruft die Spaltungspolitiker zur Ordnung! Ruft diejenigen zur Ordnung, die sich nicht der internationalen proletarischen Disziplin fügen, und die bei Euch die Gebräuche der verräterischen 2. Internationale einführen wollen. Ihr müßt den Falk und Bull eine solche Niederlage bereiten, Ihr müßt dafür sorgen, daß sie in einer solchen verschwindenden Minderheit bleiben, daß ihnen jede Lust zur Zerschlagung einer Arbeiterpartei vergeht. Erledigt die opportunistischen Elemente Eurer Partei und konzentriert Eure Aufmerksamkeit auf die Fragen, die heute die Hauptfragen für jeden denkenden, ehrlichen, revolutionären Arbeiter der Welt sind: vor allem auf die deutsche proletarische Revolution! In dem Augenblick, wo eine der wichtigsten Parteien der Kommunistischen Internationale, die deutsche Bruderpartei, den Kampf auf Leben und Tod führt, fallen die Führer der gegenwärtigen Mehrheit Eurer Partei der Kommunistischen Internationale in den Rücken. Die gelben Sozialdemokraten reiben sich vor Freude die Hände. Die Bürgerlichen überschütten den Genossen Tranmael mit Lob, der durch seinen großen Irrtum in der letzten Zeit sich dazu verleiten ließ, antikommunistische Politik zu treiben.

Einheit der Partei um jeden Preis! Wirkliche Treue der Kommunistischen Internationale gegenüber! Mit Feuer und Eifer zur Unterstützung der deutschen proletarischen Revolution!

Nieder mit den Spaltungspolitikern und Opportunisten. Das soll der Inhalt Eures Parteitages sein.

Wählt nur solche Genossen zu Delegierten, die sich auf diese Parole verpflichten. Nehmt in Eure Hände das Schicksal Eurer Partei, die mit Mühe und Not und unter großen Opfern geschaffen worden ist, die sich bisher in der Kommunistischen Internationale einer großen Liebe und Achtung erfreute, und die man jetzt versucht, zugrunde zu richten.

Es lebe die Einheit der norwegischen Bruderpartei!

Es lebe die konsequente kommunistische Politik der norwegischen Arbeiterschaft.

Möge die norwegische Bruderpartei eine starke, treue Sektion der Kommunistischen Internationale werden!

Die Exekutive der Kommunistischen Internationale.

Aufrufe

Unterstützt die bulgarischen Revolutionäre!

An die Arbeiter aller Länder!

** Das Internationale Aktionskomitee der Kommunistischen Internationale und der Roten Gewerkschafts-Internationale wendet sich mit der energischen und inständigen Aufforderung an Euch, den bulgarischen Revolutionären und ihren Familien — Opfern der Konterrevolution — zu Hilfe zu eilen.

Fünftausend Kommunisten — Arbeiter und Bauern — sind ermordet, 15 000 verhaftet worden; 5000 sind geflüchtet, und zwar 2000 nach Jugoslawien und 3000 nach Rumänien, der Türkei, Griechenland und anderen Balkanländern. Das sind die Ergebnisse des Sieges der Weißen.

Die Flüchtlinge der „bulgarischen Kommune" bedürfen einer sofortigen Hilfe. Die „Internationale Organisation zur Unterstützung der Revolutionäre" verfügt nicht über ausreichende Mittel, um für die ersten Bedürfnisse dieser Revolutionäre sorgen zu können. **Die internationale revolutionäre Solidarität muß sofort in Tätigkeit treten. Alle der RGI. und der KI. angeschlossenen Organisationen müssen, ohne eine Minute zu zögern, den Flüchtlingen jede möglichst größte Unterstützung zukommen lassen.** Ueberall — in den Fabriken, Bergwerken, Werkstätten usw. — müssen Sammlungen organisiert werden. Fünfzehntausend Gefangenen droht der Tod durch die Folterungen der Weißen. Die Flüchtlinge hoffen nur auf die Hilfe des internationalen Proletariats. Mehr als 10 000 Familien sind ihrer Habe beraubt und leben im Lande des weißen Terrors in verzweifeltem Elend. Gebt viel und schnell!

Auf, zur Unterstützung der bulgarischen Revolutionäre!

Unterstützt das Aktionskomitee der KI. und der RGI.

Moskau, am 20. Oktober 1923.

Gedruckt in der Friedrichstadt-Druckerei, GmbH., Berlin SW. 48.